

**Herrn**

**Dr. F.-W. Steinmeier MdB**

**- persönlich -**

**Platz der Republik 1**

**11011 Berlin**

Mannheim, den 03.10.2014

**Deutsch-deutsche Fluchtbewegung bis 1989 und ihre historische Bedeutung**  
**25. Jahrestag der Ausreise der Prager Botschaftsflüchtlinge**

Sehr geehrter Herr Dr. Steinmeier,

die politisch interessierte Öffentlichkeit erfuhr es durch die Medien: „Tränen und Händeschütteln mit Genscher“. Sie, sehr geehrter Herr Dr. Steinmeier, waren zusammen mit dem Außenminister a. D. H.-D. Genscher auf dem Balkon der deutschen Botschaft in Prag zu sehen.

Ich schreibe Ihnen diesen Brief als Zeugen der Gedenkveranstaltung und führendem Vertreter der SPD. Gleichzeitig wende ich mich an Sie als einen der Unterzeichner des SPD-Antrages 17-5516.

Mit einem großen Wiedersehen in Prag haben der frühere Bundesaußenminister H.-D. Genscher und ehemalige DDR-Flüchtlinge den 25. Jahrestag der Ausreise-Erlaubnis gefeiert. H.-D. Genscher sprach von dem Mut der Ostdeutschen, die damals mit der Besetzung der bundesdeutschen Botschaft ihre Ausreise erzwungen hatten: "***Diese Flüchtlinge, die damals hier in Prag waren, haben ihr eigenes Schicksal in die Hand genommen, aber in Wahrheit haben sie Geschichte geschrieben.***"

Damit hat H.-D. Genscher, dem Anlass entsprechend, den richtigen Ton getroffen. Seine Zuhörer hatten damals als zumeist junge Menschen ein ganzes Leben, insbesondere ihr Berufsleben, noch vor sich.

Und heute hielt die Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich der Feiern zum 24. Jahrestag der deutschen Einheit in Hannover die Festrede. Auch sie würdigte die Menschen, die 1989 über Ungarn und Prag ihre Ausreise aus der DDR in den Westen erzwungen haben. Ihnen und der Bürgerbewegung, die sich im Jahre 1989 in der DDR formierte, sei es zu verdanken, dass am 9. November 1989 die Mauer fallen und die Wiedervereinigung Deutschlands stattfinden konnte.

Und was ist mit der Flucht- und Ausreisebewegung 1961 bis 1989? Ungarn, Prag, war das alles?

Es ist zugleich erstaunlich und beschämend, dass der Zusammenhang zwischen Mauerfall und Fluchtbewegung ausschließlich auf den Herbst 1989 verkürzt wird. In Wahrheit ist es diesem Phänomen geschuldet, dass die DDR des Jahres 1989 politisch und wirtschaftlich so weit geschwächt war, dass die „*deutsche Oktoberrevolution*“ (Berliner Zeitung vom 04.09.2014) friedlich verlaufen konnte. Der CDU-Abgeordnete **Arnold Vaatz** formulierte es sehr treffend: „***Jenen, denen Freiheit***

***wichtiger war als Gut und Geld, Heimat und die Nähe zu Freunden, ist viel zu verdanken. Ohne sie wäre uns die DDR erhalten geblieben.“***

Sie dürfen es glauben: Wer vor die DDR-Behörden trat und den Antrag auf Ausreise stellte, musste sehr mutig sein. Er wusste, dass mit diesem Outing einige Jahre der Demütigung vor ihm liegen würden: Arbeitsplatzverlust, Beobachtung durch Stasi&Co, Repressalien und Restriktionen gegenüber den Familienangehörigen, bei totaler Ungewissheit, wann bzw. ob überhaupt eine Erlaubnis erteilt wird.

Sie dürfen es glauben, dass auch die Vorbereitung einer Flucht aus der DDR Mut brauchte. In den meisten Fällen wurde die Vorbereitung entdeckt und mit Freiheitsentzug in Cottbus bzw. Hoheneck bestraft.

In vielen Fällen wurde den Mutigen ihr Schritt zum Verhängnis: Auf der Flucht erschossen.

Allen diesen Menschen kann das gesagt werden, was H.-D. Genscher seinen Zuhörern in Prag zurief: ***"Ihr habt Euer eigenes Schicksal in die Hand genommen, und in Wahrheit habt Ihr Geschichte geschrieben."***

Wie passt das zusammen: ein wesentlicher Beitrag zu den historischen Ereignissen Zusammenbruch der DDR und deutsche Einheit, den die DDR-Altübersiedler geleistet haben, und eine Diskriminierung und Demütigung unglaublichen Ausmaßes im wiedervereinten Deutschland?

In der DDR hatte man sie „Republikflüchtige“, „Verräter an der Sache des Friedens und des Sozialismus“, „Überläufer zu Klassenfeind“ genannt. Und nun, in der wiedervereinigten Bundesrepublik Deutschland erreicht sie der Fluch, den ihnen die Träger des SED-Regimes hinterher geschickt hatten. Sie werden mit den Folgen des Lebens konfrontiert, das sie als widerständig lebende DDR-Bürger geführt hatten. Die Träger des untergegangenen SED-Regimes sehen es mit Genugtuung.

Das ist keine theoretische Frage, sondern eine höchst politisch befrachtete Diskriminierung, die die gesamte deutsch-deutsche Flüchtlingsgeneration betrifft.

Bitte schauen Sie in den SPD-Antrag 17-5516, den Sie im Jahre 2011 mit unterschrieben haben. Dort ist ziemlich genau beschrieben, was passiert ist:

- Bei der einstigen individuellen Eingliederung war das DDR-Erwerbsleben nach geltendem deutschen Recht und unter dem Schirm des Grundgesetzes bewertet worden. Diese Bewertung war politisch neutral und orientierte sich am Durchschnitt seiner deutschen Berufskollegen.
- Diese Bewertung wurde in aller Stille, ohne öffentliche Wahrnehmung, ohne ausdrückliche Legitimation durch den Gesetzgeber, ohne Information an die Betroffenen gelöscht.
- Es erfolgte eine Neubewertung, bei der die politisch schädlichen Auswirkungen des in der DDR geführten widerständigen Lebens einfließen. Auch das ohne jegliche Information.

Die SPD-Fraktion hat damals von der Bundesregierung gefordert, das in Ordnung zu bringen. Die Grünen und die Linken ebenfalls. Auch der Petitionsausschuss hat einstimmig beschlossen, dass die Bundesregierung in diesem Sinne tätig werden solle.

Seitdem die SPD an der Regierung beteiligt ist und zudem noch das zuständige Ministerium führt, ist Stillstand eingetreten.

Wir, der Vorstand der „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ (IEDF) halten es für unabdingbar, dass wir zu einem Termin mit den Verantwortlichen der Regierungsfractionen eingeladen werden. Der bisherige Schriftverkehr hat gezeigt, dass die von uns vorgelegten amtlichen Dokumente sowie die daraus abgeleitete Beweisführung, prinzipiell nicht zur Kenntnis genommen werden.

Angesichts der Tatsache, dass bei den meisten gesetzgeberischen Vorgängen, die in den Ausschüssen und Ministerien ablaufen, die betroffenen Verbände Gehör finden (Lobbyisten), fordern auch wir Gehör. Schließlich vertreten wir 316.000 direkt Betroffene (die Zahl wurde von der DRV angegeben).

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Dr. Steinmeier, das Gewicht Ihres Ansehens, das Sie in Partei und Fraktion genießen, zu nutzen, um Bewegung in die festgefahrene Situation zu bringen. Im 25. Jahr des Mauerfalls ist es höchste Zeit.

Anliegend schicke ich Ihnen unsere Dokumentation „Was ist 1 Jahr DDR-Erwerbstätigkeit wert?“. Kommentieren muss ich sie nicht, sie spricht für sich.

Mit freundlichem Gruß,

Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß  
(Vorsitzender IEDF)

1 Blatt Anlage